



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Ruth Müller, Dr. Simone Strohmayr, Arif Taşdelen, Margit Wild, Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Stefan Schuster, Michael Busch, Martina Fehlner, Christian Flisek, Volkmar Halbleib, Annette Karl, Natascha Kohnen, Doris Rauscher, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann** und **Fraktion (SPD)**

Das Erbe von Wilhelm Hoegner achten, Demokratie leben – 75 Jahre Bayerische Verfassung

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest:

Als Verfassungsorgan ist er den Staatszielbestimmungen und Grundrechten der Bayerischen Verfassung besonders verpflichtet. Vor allem in schwierigen Zeiten sind wehrhafte Demokratinnen und Demokraten gefordert.

Die Staatsregierung wird zur Unterstützung einer wehrhaften Demokratie aufgefordert, insbesondere folgende Maßnahmen zu ergreifen:

1. im Rahmen der vorhandenen Stellen und Mittel ein Landesprogramm zur Stärkung von Demokratie und Vielfalt ins Leben zu rufen.

Das Landesprogramm zur Stärkung von Demokratie und Vielfalt soll folgende Elemente beinhalten:

a) **Demokratinnen und Demokraten stärken**

- Einrichtung, Unterstützung und finanzielle Ausstattung einer unabhängigen, professionellen und zivilgesellschaftlich getragenen Beratungsstelle für Opfer rassistischer, antisemitischer und islamophober Gewalt
- Einrichtung eines unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus
- Auflegung eines Modellprojekts zur Stärkung der Kommunen in ihrem Einsatz für demokratische Werte und gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus und weitere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit
- Einbeziehung aller relevanten Akteure bei der Extremismusprävention (Kommunen, Zivilgesellschaft) in das Bayerische Aktions- und Förderprogramm „Demokratie stärken!“
- Errichtung einer Koordinierungsstelle „Demokratie stärken!“ in der Staatskanzlei zur Koordinierung und Sensibilisierung des Verwaltungshandelns auf allen Ebenen und über alle Ressortgrenzen hinweg für Demokratie und gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus, Islamophobie und weitere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sowie Vernetzung der Verwaltung mit der Zivilgesellschaft
- regelmäßige Evaluierung des bayerischen Aktions- und Förderprogramms „Demokratie stärken!“ alle fünf Jahre durch eine unabhängige Stelle und einen Bericht an den Landtag

- humanitäres Bleiberecht für Opfer rechter Gewalt ohne gesetzlichen Bleibestatus
 - b) Zweiflerinnen und Zweifler überzeugen
Um Menschen zu erreichen, die gefährdet sind, rechtsextreme Überzeugungstäter zu werden, sollen folgende Maßnahmen im Rahmen des Programms umgesetzt werden:
 - Ausbau und Förderung der zivilgesellschaftlichen Ausstiegsberatung für Mitglieder extremistischer Szenen
 - regelmäßige wissenschaftliche Untersuchungen zur Verbreitung gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit unter der bayerischen Bevölkerung (Bayern-Monitor)
 - verstärkte Forschung und Aufklärung zum Umgang mit demokratiefeindlichen Einstellungen in Betrieben, Vereinen und Bevölkerungsgruppen, die von der klassischen politischen Bildungsarbeit nicht erreicht werden
 - c) Überzeugungstäterinnen und -tätern die Grundlagen entziehen
 - wissenschaftliche Evaluierung aller Maßnahmen, Angebote und Projekte gegen Rechtsextremismus in Bayern, insbesondere des Bayerischen Handlungskonzepts gegen Rechtsextremismus durch eine unabhängige Stelle
 - Verbot von Internetangeboten, die auch der Organisation, Planung und Absprache von Hasskampagnen den unter dem Begriff „Cybermobbing“ zusammengefassten Straftaten dienen, so z. B. die Internetplattform „PI-News“
 - Schaffung der Voraussetzungen zur Strafbewehrung von „Werbung auf Plattformen ohne ausreichendes Impressum/presserechtlich Verantwortlichen“; bei der Höhe ist danach zu staffeln, ob gezielt auf solchen Plattformen oder zunächst unbewusst über Drittanbieter geworben wurde
2. ein Gesamtkonzept zur Demokratiebildung vorzulegen, in dem vorhandene Initiativen gebündelt und zusätzliche, neue Maßnahmen ergriffen werden.
- Darin sind insbesondere sind folgende Maßnahmen aufzunehmen:
- Bildung eines „Forums Demokratie“ in Verantwortung von staatlichen Vertretern und Nicht-Regierungsorganisationen
 - Demokratieerziehung an allen Schularten als Übungsfelder demokratischen Verhaltens ausweiten
 - Aufbau eines transdisziplinären Zentrums für Demokratieentwicklung in der universitären Bildung
 - Aufbau eines Modularsystems zur verpflichtenden Demokratieschulung in allen Bereichen der staatlichen Aus-, Fort- und Weiterbildung
 - allgemeine Erwachsenenbildung als Servicestelle für eine starke Demokratie und Bürgerbeteiligung

Begründung:

Die Bayerische Verfassung feiert dieses Jahr ihr 75-jähriges Jubiläum. „Als Vater der Bayerischen Verfassung“ gilt anerkanntermaßen der Sozialdemokrat Wilhelm Hoegner. Tatsachen, die CSU/FREIHE WÄHLER in ihrem Dringlichkeitsantrag leider unerwähnt lassen. Wilhelm Hoegner schrieb aber nicht nur die Bayerische Verfassung, er prägte insofern durch sein Wirken auch unser Grundgesetz wesentlich mit. Als erbitterter Gegner der Nazis wurde er von diesen ins Exil getrieben. Nach dem Krieg kam er mit den ersten Entwürfen unserer Verfassung zurück und wurde Bayerischer Ministerpräsident. Als Vorsitzender des Vorbereitenden Verfassungsausschusses vollendete er dann das heute noch großartige Gesetzeswerk, unsere Bayerische Verfassung. Leider sieht sich unsere Demokratie und damit auch unsere Verfassung heute immer noch großen Ge-

fahren gegenüber. Rechtsextremisten, Antisemiten, Verschwörungstheoretiker, Coronaleugner etc., die z. T. nicht einmal davor zurückschrecken, Holocaustvergleiche anzustellen. Um unsere Demokratie zu stärken, sie vor Gefahren zu schützen und das Erbe von Wilhelm Hoegner zu achten, bedarf es daher der oben geforderten Maßnahmen.